

Zahnsteiner Tageblatt

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigenpreis: die einspaltige kleine Zeile 15 Pfennig.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Veröffentlichungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Bezugspreis durch die Geschäftsstelle oder durch Boten vierteljährlich Mark. Durch die Post frei ins Haus Mark.

Nr. 13.

Druck und Verlag des Buchdruckers
Franz Schickel in Oberlahnstein.

Samstag, den 25. Januar 1919

Für die Schriftleitung verantwortlich
Eduard Schickel in Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 7 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 21. 12. 1918 (G. S. S. 201) sowie der §§ 11 Abs. 2 und 62 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. 11. 1918 (R. G. Bl. S. 1353) habe ich den Oberregierungsrat von Lenke zu Cassel zum Wahlkommissar für den die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Grafschaft Schaumburg und Herrschaft Schmalkalden sowie den Kreis Wehlar vom Regierungsbezirk Coblenz umfassenden 19. Wahlkreis ernannt.

Zu seinem Stellvertreter, in Behinderungsfällen ist der Verwaltungsgerechtsdirektor Dr. P. i. t. t. i. zu Cassel ernannt worden.

Cassel, den 31. Dezember 1918.

Der Oberpräsident.

gez.: von Trotzu Solz.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 24. Januar 1919.

Der Landrat.

J. B. J. a. u. n.

Der Landesausschuss hat in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1918 allgemeine Grundsätze für die Aufnahme von Halbwaisen in die Fürsorge des Zentralwaisenfonds und die Erhebung von Beiträgen zu den hierdurch anstehenden Pflegekosten von den Gemeinden pp. beschlossen.

Ich bringe diese Grundsätze hiermit zur Kenntnis der Herren Bürgermeister und erlaube in vorkommenden Fällen entsprechende Anträge unter genauer Beachtung der Grundsätze namentlich der Nr. 2 und sorgfamer Ausfüllung des Formularantrags zu stellen. Zur Abklärung der Verhandlungen wird es wesentlich beitragen, wenn die Gemeinden alsbald bei Stellung eines Aufnahmeantrags sich zur Leistung des bestimmungsmäßigen Kostenbeitrags verpflichten und eine rechtlich bindende Erklärung hierüber zu den Akten mit einreichen. Eine solche kann zweckmäßig auch bei Nr. XVI, des Formularantrags „Sonstige Bemerkungen“ abgegeben werden.

Formulare zu Anträgen sind hier anzufordern.

St. Goarshausen, den 9. Januar 1919.

Der Landrat.

J. B. J. a. u. n., Regierungsrat.

Grundsätze zur Aufnahme von Halbwaisen in die Fürsorge des Nass. Zentralwaisenfonds.

1. Die Aufnahme von Halbwaisen in die Fürsorge des Nassauischen Zentralwaisenfonds erfolgt stets nur widerwillig ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung und soweit nach Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung des Fonds zur Unterhaltung von Vollwaisen noch Mittel hierzu vorhanden sind.

2. Als Halbwaise können nur solche hilfsbedürftige Kinder aufgenommen werden, die den Unterhaltungsbedarf in einer Gemeinde des Bezirks mit Ausschluß der Stadt Frankfurt a. M. besitzen, oder dem hiesigen Landarmenverband als Landarme zur Last gefallen sind und die nach ihren sonstigen Verhältnissen vollwaisen Kindern gleich zu erachten sind. Letzteres ist besonders dann der Fall, wenn ein Elternteil gestorben, der überlebende aber (bei unehelichen Kindern die Mutter) infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder aus anderen ähnlichen Gründen an der ordnungsmäßigen Verpflegung und Erziehung der Kinder persönlich dauernd verhindert ist, selbst wenn er hierzu von anderer Seite, insbesondere von der unterstützungspflichtigen Gemeinde materiell ausreichend unterstützt würde, wenn somit die Unterbringung der Kinder in fremden Pflegefamilien zur Erreichung einer ordnungsmäßigen Erziehung dringend geboten erscheint.

Dem überlebenden Elternteil können Unterstützungen aus dem Nassauischen Zentralwaisenfonds für die Kinder grundsätzlich nicht gewährt werden.

3. Bei der Aufnahme von Halbwaisen in die Fürsorge des Nassauischen Zentralwaisenfonds hat die unterstützungspflichtige Gemeinde des Kindes und bei landarmen Kindern der Landarmenverband einen angemessenen Beitrag zu den entstehenden Pflegekosten zu leisten.

Dieser Beitrag wird für Halbwaisen des Landarmenverbandes, der Stadt Wiesbaden und der sonstigen größeren Gemeinden von über 5000 Einwohnern auf die Hälfte, für diejenigen der übrigen Gemeinden auf ein Drittel der gezahlten Pflegekosten festgesetzt. In Fällen besonderer Bedürftigkeit der Gemeinden kann der erste Bei-

trag von der Hälfte auf ein Drittel, der zweite Beitrag von einem Drittel auf ein Fünftel ermäßigt werden.

4. Anträge auf Aufnahme von Halbwaisen in die Waisenversorgung sind nach dem im Gebrauch befindlichen Formular Ia durch den zuständigen Landrat (Magistrat) bei dem Landeshauptmann zu stellen, der über die Aufnahme entscheidet und die Höhe des zu leistenden Pflegekostenbeitrages festsetzt.

5. Den Gemeinden bleibt es überlassen, die für ihre Halbwaisen zu zahlenden Beiträge ganz oder teilweise von den zu dem Unterhalte der Kinder gesetzlich verpflichteten Angehörigen derselben einzuziehen.

6. Die Anforderung der von den Gemeinden pp. zu zahlenden Pflegekostenbeiträge erfolgt am Schlusse jeden Rechnungsjahres, nachdem festgestellt, was an Pflegegeld für die Halbwaisen verausgabt worden ist. Bei etwaiger Erhöhung des Pflegegeldes über die Sätze der Instruktion hinaus ist der Beitrag auch für diese Erhöhung zu leisten.

7. Nach stattgehabter Aufnahme von Halbwaisen in die Fürsorge des Zentralwaisenfonds finden im übrigen die Bestimmungen der Instruktion vom 31. März 1887 sinngemäße Anwendung. Dies gilt insbesondere von den Aufwendungen für die Kleiderausstattung, Konfirmations- bzw. Kommunionkleidung, Heilungskosten, die Ausbildung in einem bestimmten Lebensberuf, Arzt- und Begräbniskosten der Waisen aus den ehemals Hessischen Gebietsteilen usw. Für alle solche Leistungen aber werden Beiträge von den unterstützungspflichtigen Gemeinden pp. nicht erhoben.

8. Die stattgehabte Aufnahme von Halbwaisen in die Fürsorge des Zentralwaisenfonds ist zu widerrufen, wenn die Verhältnisse des überlebenden Elternteils sich derart günstig gestalten, durch Wiederverheiratung pp., daß ihm die Kinder unbedenklich zur weiteren Erziehung anvertraut werden können, oder wenn er eigenmächtig die Kinder aus der vertragsmäßigen Pflegefamilie wegnimmt, oder sonstwie störend in deren Erziehung eingreift.

Beschlossen von dem Landesausschuss in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1918.

Wiesbaden, den 13. Dezember 1918.

Der Landeshauptmann.

An die Herren Bürgermeister des Kreises. Betr. Hauschlachtungen.

Nachdem die Hauschlachtungen bis auf die Fälle, in denen Verlängerung des Schlachtermine nachgesucht und gewährt ist, nunmehr ausgeführt sein müssen, erlaube ich mir sofort alle erledigten Schlachtgenehmigungen ordnungsmäßig ausgefüllt einzureichen.

Ferner sind alle Besitzer von Schweinen, welche keine Verlängerung des Schlachtermine erhalten haben, aufzufordern, diese Tiere zum nächsten Ablieferungsstermin an die betr. Kreisamtsstelle zur Ablieferung zu bringen.

Ich weise weiter darauf hin, daß vor wie nach Hauschlachtungen von Schweinen, wenn Fristverlängerung erteilt wurde, nur mit vorheriger Genehmigung des Kreisamtschusses vorgenommen werden dürfen. Es ist daher, wie auch bisher, ein Schlachtantragsformular vor der Schlachtung hierher einzureichen.

Den Anträgen ist gleichzeitig die Fristverlängerungsbefreiung beizufügen.

Die Herren Bürgermeister erlaube ich um ortsübliche Bekanntmachung.

St. Goarshausen, den 23. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.

J. B. J. a. u. n.

Die Herren Bürgermeister

derjenigen Gemeinden, in welchen auf Grund des Gesetzes vom 12. Juni 1909 (Ges.-Sammlung 27) Ziegenböde stationiert sind, mache ich auf die Vorschrift im § 7 Abs. 7 der Polizeiverordnung vom 21. Februar 1911 betr. Anordnung für Ziegenböde — abgedruckt im Kreisblatt Nr. 58 und 59 von 1911 — aufmerksam und erlaube um Einsendung der Sprungregister für das Kalenderjahr 1918.

St. Goarshausen, den 22. Januar 1919.

Der Landrat.

J. B. J. a. u. n.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet in der Freiherr vom Stein-Schule zu Oberlahnstein am Donnerstag, den 30. Januar 1919, nachmittags 4½ Uhr,

statt, wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird.

St. Goarshausen, den 22. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.

J. B. J. a. u. n., Regierungsrat.

Nr.	Kirchspiel	Gem. mit	Einwohner	B. V.	B.	D. W.	Sch.	R.	V. K.	Bemerkungen
1	St. Marien	1	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	R. V. Rechnungsabrechnung
2	St. Marien	2	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	P. V. Rechnungsabrechnung
3	St. Marien	3	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	St. Marien in St. Marien
4	St. Marien	4	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	B. V. Rechnungsabrechnung
5	St. Marien	5	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	St. Marien in St. Marien
6	St. Marien	6	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	R. V. Rechnungsabrechnung
7	St. Marien	7	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	P. V. Rechnungsabrechnung
8	St. Marien	8	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	St. Marien in St. Marien
9	St. Marien	9	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	B. V. Rechnungsabrechnung
10	St. Marien	10	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	St. Marien in St. Marien
11	St. Marien	11	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	R. V. Rechnungsabrechnung
12	St. Marien	12	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	P. V. Rechnungsabrechnung
13	St. Marien	13	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	St. Marien in St. Marien
14	St. Marien	14	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	B. V. Rechnungsabrechnung
15	St. Marien	15	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	St. Marien in St. Marien
16	St. Marien	16	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	R. V. Rechnungsabrechnung
17	St. Marien	17	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	P. V. Rechnungsabrechnung
18	St. Marien	18	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	St. Marien in St. Marien
19	St. Marien	19	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	B. V. Rechnungsabrechnung
20	St. Marien	20	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	St. Marien in St. Marien
21	St. Marien	21	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	R. V. Rechnungsabrechnung
22	St. Marien	22	31.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	P. V. Rechnungsabrechnung

Vorstehende Aufstellung, aus der hervorgeht, zu welcher Zeit die Einsammlung der verschiedenen Hauskollekten in jedem Kirchspiele zugelassen ist, bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkten, daß ein Spielraum von je 3 Tagen für den Beginn und die Beendigung der Sammelzeit vorbehalten bleibt.

St. Goarshausen, den 7. Januar 1919.

Der Landrat J. B. J. a. u. n.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 820/11. 18 R. R. W.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche De-

mobilmachung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Bekanntmachung Nr. W. M. 1000/11. 15. R. R. W., betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web-, Wirl- und Strickwaren, vom 1. Februar 1916, die Bekanntmachung Nr. W. M. 207/9 16 R. R. W., Nachtrag zur Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web-, Wirl- und Strickwaren, vom 1. Februar 1916 Nr. W. M. 1000/11. 15. R. R. W., vom 10. November 1916,

die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 1000 8 18. R. R. W. zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 1000 11. 15. R. R. W. vom 1. Februar 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web-, Wirl- und Strickwaren, vom 31. August 1918,

die Bekanntmachung Nr. W. M. 1300-12. 15 R. R. W. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Bekleidungs- und Ausstattungsgegenständen für Heer, Marine und Feldpost, vom 1. Februar 1916,

die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 1300 8. 18. R. R. W. zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 1300 12 15. R. R. W. vom 1. Februar 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Bekleidungs- und Ausstattungsgegenständen für Heer, Marine und Feldpost, vom 31. August 1918,

die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 90 12 17 R. R. W. zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 1300. 2 15. R. R. W. vom 1. Februar 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Bekleidungs- und Ausstattungsgegenständen für Heer, Marine und Feldpost vom 1. März 1918,

Der Wahlvorschlag

der Deutschen Demokratischen Partei zur
Wahl am Sonntag den 26. Januar heißt: **Rade!**

die Bekanntmachung Nr. W. IV. 300/12. 17. R. R. A., betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht aller Arten von neuen und gebrauchten Seeltuchen, abgepackten Segeln, einschließlich Zeltdecken (auch Zirkus- und Schaubudenstelen), Zeltüberdachungen, Markisen, Planen (auch Wagentenden), Theaterkulissen, Panoramaleinen, vom 22. Dezember 1917.

die Nachtrag-Bekanntmachung Nr. W. IV. 300/9. 18. R. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. IV. 300/12. 17. R. R. A. vom 22. Dezember 1917, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht aller Arten von neuen und gebrauchten Seeltuchen, abgepackten Segeln, einschließlich Zeltdecken (auch Zirkus- und Schaubudenstelen), Zeltüberdachungen, Markisen, Planen (auch Wagentenden), Theaterkulissen, Panoramaleinen vom 7. September 1918 treten außer Kraft.

Artikel II.

Bestehen bleibt die Beschlagnahme und Meldepflicht der Waren, die aus Garnen angefertigt sind, welche von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung mit der Maßgabe freigegeben worden sind, daß die hergestellten Gegenstände beim Wehrstoff-Meldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung als Beschlagnahme zu melden sind.

Die Meldungen sind in Zukunft, insoweit es sich um Baumwollgewebe handelt, beim Kriegsausschuß der Deutschen Baumwollindustrie in Berlin, Krausenstr. 17, in soweit es sich um Bastfasergewebe handelt, beim Linen-Kriegsausschuß in Berlin, Krausenstr. 25/28, zu erstatten.

Ferner bleiben Bastfasergewebe, welche auf Grund der Bekanntmachung Nr. W. M. 1000/11. 15 R. R. A. gemeldet worden sind, Beschlagnahme.

Artikel III.

Diese Bekanntmachung tritt am 8. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 8. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Wolffhügel.

Wird hiermit veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 3. Januar 1919.

Der Landrat.

J. R. Niemöller.

Lebensmittel für Deutschland.

Rotterdam, 22. Jan. Wie der „Nieuwe Rotterd. Courant“ meldet, haben gestern die ersten Schiffe mit Lebensmitteln der Alliierten für die deutsche Bevölkerung den Grenzort Vobith am Rhein passiert. Ihre Ladungen bestehen hauptsächlich aus Mehl. Eine große Zahl von Schiffen ist noch unterwegs.

Der bolschewistische Kriegsplan gegen Deutschland.

Die Entlassung des abgeleiteten Polizeipräsidenten Eichhorn als befohlener Agent der russischen Bolschewisten, dürfte auch den Harmlosen die Augen öffnen, welcher Gefahr das deutsche Volk ausgesetzt ist, wenn nicht dem Treiben der Bolschewiki auf deutschem Boden endgültig ein Ende gesetzt wird.

Der Führer der Bolschewiki in ihrem Krieg gegen Deutschland ist der Goliath Rabel, ein Mensch, der schon seit Jahren als Verbrecher bekannt ist, und der, nachdem ihn die polnische Sozialdemokratie aus ihrer Partei ausgestoßen, bei der deutschen Anschluß suchte und fand. Aber auch hier fiel er bald ab. Im Kriege desertierte er nach Rußland, wo er von den gleichgesinnten Bolschewiki aufgenommen und als Leiter der Propaganda gegen Deutschland fürstlich besoldet wurde. — Er hat in der Tat die Unterjochung Deutschlands durch die Bolschewiki raffiniert vorbereitet. Sein erster Vertrauensmann war Liebknecht, der ganz nach dem Willen der russischen Geldgeber arbeitete. Ehe der russische Votschaster Joffe abreiste, nahm Cohn von diesem die Millionen zur Werbung deutscher Hilfstruppen in Empfang. Seine Genossen verteilten die von Rußland gelieferten Waffen. Eichhorn sollte den Erfolg des Kriegsplanes sichern. Sie alle, die sich stolz „Unabhängige“ nannten, waren abhängig vom russischen Gelde.

Berlin mußte als Zentrale zuerst unter die Herrschaft des Bolschewismus gebracht werden. Die von Liebknecht

organisierte Revolution nahm aber einen anderen Verlauf, als die Bolschewiki erwartet. Nicht sie kamen in die Regierung, sondern die Mehrheitssozialisten, die Folge war der Terror, wie wir ihn die letzte Zeit hindurch in Berlin erlebt haben. Erfreulicher Weise scheint nun nach Liebknechts Tod und durch die Niederlage seiner Anhänger die größte Gefahr für uns vorbei zu sein. Trotz allem ist Vorsicht am Platze, denn die Bolschewiki kämpfen um ihre Existenz, die vernichtet ist, wenn der Friede zwischen der Entente und Deutschland geschlossen ist. Haben alle den Feind richtig erkannt, dann wird der bolschewistische Kriegsplan scheitern.

Schwere Niederlage der Bolschewiki in Rußland.

Berlin, 23. Jan. Die „Estonische sozialistische Ztg.“ erfährt vom Haupt der estnischen Regierung, Trotski habe an Sonoren telegraphiert, daß die Bolschewiki wahrscheinlich gezwungen sein würden, Petersburg ohne Kampf aufzugeben. Trotski erklärte, die Bolschewiki hätten eine große Niederlage im Süden gehabt, und ganze Armeen seien mit den Generalen an der Spitze zum Feinde übergegangen. Am Montag sollen in Petersburg 70 000 Arbeiter gestreikt haben.

Ein staatlicher Sklavenhandel.

Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß die Sowjets im Bezirk Wladimir eine Verordnung über die Nationalisierung der Frau erlassen haben. Eine ähnliche Maßnahme wird jetzt aus dem Bezirk der „nördlichen Kommune“ berichtet, zu der auch Petersburg gehört. Die Leitung der Nordkommune hat eine Verordnung ausgearbeitet, die in der nächsten Zeit in Kraft treten soll, und wonach jede Frau zwischen 18 und 45 Jahren verpflichtet ist, den Mann als Gatten anzunehmen, den man ihr zuweist. Die Kinder sollen nicht mehr der Fucht der Familie unterliegen, sondern vom Sowjet erzogen werden. Das ist bei Lichte besehen, nichts anderes als ein staatlicher Sklavenhandel.

Spartakus und die öffentliche Sicherheit.

Dem Vorwärts wird mitgeteilt: Am Freitag, den 10. dieses Monats, gegen 10 Uhr abends, verlangten drei Spartakisten mit geladenen Gewehren, daß der Oberbahnassistent S. eine Weiche vor dem Bahnhof umstellen sollte, damit der zu erwartende Zug nicht nach dem Bahnsteig fahre, sondern auf die Wagen, die auf dem Nebengleis stehen, auffahren müßte! S. erklärte ihnen, daß dies durch Umstellen der fraglichen Weiche nicht herbeigeführt würde. Hierauf verließen sie das Zimmer, lehrten aber gleich wieder zurück und verlangten, daß S. mit ihnen nach dem Stellwerk ginge und ihnen dort zeigen sollte, wie es gemacht werden kann, einen Zug während der Fahrt durch Umlegen der fraglichen Weiche zur Entgleisung zu bringen. S. war fest entschlossen, eher sein Leben zu lassen, als die von den Spartakisten verlangte verbrecherische Tat, die unabsehbare Folgen für ahnungslose Soldaten, Männer, Frauen und Kinder haben müßte, auszuführen und hätte dies auch nicht getan, wenn ihm 100 Bajonette entgegenge stellt wurden. Er verließ das Zimmer und sagte: „Nie und nimmer werde er unter Anleitung der Spartakisten ein derartiges Verbrechen begehen.“

Eine Schamlosigkeit.

Berlin, 24. Jan. Die Spartakisten hatten bei ihren rüberischen Umzügen in Berlin auch eine Kirche und zwar die protestantische am Georgen-Kirchplatz liegende Kirche besetzt. Sie veranstalteten in diesem Gotteshaus mit Weibern — und was für Weibern! — ein Tanzfest und zur Tanzmusik benutzten sie die Orgel der Kirche. Diese Schamlosigkeit muß alle Gläubigen, welcher Konfession sie auch angehören mögen, aufs tiefste empören.

Der unhaltbare Zustand.

Berlin, 22. Jan. An der gestrigen Kabinettsitzung haben sämtliche Staatssekretäre, verschiedene andere höhere Reichsbeamte und die Oberste Seeresleitung, vertreten durch General Ordner, die Reichsbank, vertreten durch Herrn von Glasenap, teilgenommen. Es wurde insbesondere besprochen die Frage des Kontingents des Demobilisationsamts. Hierzu gehören die Frage des Finanzverkehrs und der Erwerbslosenunterstützung. Einstimmig wurde der jetzige Zustand als unhaltbar bezeichnet und eine radikale Aenderung als Bedingung der wirtschaftlichen Auf-

rechterhaltung Deutschlands als notwendig erachtet. Es ist zu erwarten, daß das Kabinett schon in der nächsten Zeit nach dem Gebote der Notwendigkeit handeln werde.

Die deutschen Kriegergräber an der Westfront.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Dem französischen Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission in Spa sind in Verfolg eines früheren Auftrages Listen und Pläne der Gräber zunächst von der englischen und französischen Front mit der Bitte um Schutz und Fürsorge für unsere Kriegergräber zur Verfügung gestellt worden. Dadurch ist die Möglichkeit geschaffen worden, nach Abschluß des Präliminarfriedens die Gräber der Gefallenen nachzuweisen und eventuell eine Ueberführung in die Heimat zu erlangen.

Kaiser Wilhelm.

London, 21. Jan. Reuter. Die Daily Mail schreibt, die französische Regierung habe schon die ersten Schritte unternommen, um die das Gerichtsverfahren gegen den früheren Kaiser und seine persönliche Bestrafung betreffenden Fragen von der Theorie in die Wirklichkeit umzusetzen und zu einem sofortigen praktischen Ergebnis zu bringen. Man habe jetzt allen Grund zu der Hoffnung, daß innerhalb der nächsten Wochen der frühere Kaiser aus Holland ausgeliefert, nach Paris in Gewahrsam gebracht und vor Gericht gestellt werde. Die Friedenskonferenz sei durchaus berechtigt, einen internationalen Gerichtshof zu ernennen, der die Auslieferung des früheren Kaisers durch Holland fordere.

Was uns nottut.

München. In einer Soldatenversammlung erklärte der bayerische Minister Unterleitner, ein Sozialdemokrat: „Was uns nottut, sei reiflose Arbeit in Stadt und Land, nicht aber Erwerbslosenfürsorge allein, die uns den Ruin bringen würde. Eine Münchener Familie habe sich monatlich 1048 Mark Erwerbslosenunterstützung beschafft. Das sei Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch Arbeiter.“

Entlassung des Jahrgangs 1898 aus dem Heimateheer.

Nach einem neuen Armeeverordnungsblatt ist aus den nicht mobilen Formationen des Heimateheeres der Jahrgang 1898 in der Zeit vom 15. Januar bis 28. Februar zu entlassen, soweit Sicherheits-, Kranken- und Arbeitsdienst, Gefangenenerziehung und Grenzschutz sowie die Abwicklung der Mobilisierungsgeschäfte es zulassen, jedoch unter Vorbehalt der Wiedereinziehung derjenigen Personen, die ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht noch nicht voll genügt haben. Die Leute, welche wegen Erfüllung der genannten Dienstweize bezw. Aufgaben bis 28. Februar nicht entlassen werden können, gelten im Sinne des Demobilisationsplanes als im Dienst zurückbehalten, wenn sie ihre aktive Dienstpflicht erfüllt haben. Da die Rückführung des Heimateheeres und die Mannschaftenentlassungen in der Hauptsache beendet sind, wird auch die Beschränkung aufgehoben, daß Beurlaubungen mit Wohnung in die Heimat zu Erholungszwecken einen Zeitraum von 14 Tagen nicht übersteigen. Beurlaubungen zu Arbeitszwecken müssen aber nach wie vor unterbleiben.

Weitere Einschränkungen des Bahnverkehrs.

Berlin, 23. Jan. Nach amtlicher Mitteilung wird der Personen- und Schnellzugverkehr noch weiter eingeschränkt werden infolge der Abgabe der Lokomotiven an den Verband. Die Einschränkungen treten bereits heute in Kraft. Von heute an werden im ganzen Reich nur noch etwa 12 Schnellzüge verkehren. Täglich nimmt die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven erschreckend ab.

Die Demokratie bleibt selbständig!

Der Vorstand der „Deutschen Volkspartei“ in Frankfurt a. M. ist im Auftrage des Landesverbandes der „Deutschen Volkspartei“ für Hessen-Rhessien an die Deutsche Demokratische Partei in Frankfurt a. M. herangetreten mit dem Vorschlag, die Listen sämtlicher nicht sozialdemokratischen Parteien zu verbinden. Der Vorstand des Demokratischen Vereins Frankfurt hat mitgeteilt, daß die Deutsche Demokratische Partei sich einer derartigen Listenverbindung unter keinen Umständen anschließen kann. Die Deutsche Demokratische Partei will frei von allen Kompromissen, weder in Verbindung mit Reaktionen noch mit Sozialdemokraten, in den Wahlkampf treten und ihr Programm selbständig durchsetzen.

Das Glücksarmband.

Roman von Rentkoh.

44

(Nachdruck verboten.)

„Neben der Schließe?“ — Frau Weiße schüttelte den Kopf. — „Ne, entschuldigen Sie, das ist aber kurios: just so eine Abklärung hat ja auch das Armband auf dem Bild gehabt, gerade neben der Schließe. Daß zwei ganz gleiche Armbänder aktuell an der gleichen Stelle denselben Fehler haben — Herr Doktor, das ist doch gar net zu glauben; da muß doch das eine von beiden dem andern nachgemacht sein, dabei bleib ich!“

Blötzlich schien ihr der Gedanke zu kommen, welchen Zweck wohl der Besuch der beiden Beamten haben mochte. „Ja richtig, und was wünschen denn die Herren eigentlich?“ fragte sie, fast ein wenig kampfbereit. „Ich hab' es nicht, daß hier etwas angerührt wird, ehe der Herr Doktor wieder da ist. Das ist seine Wohnung, das sind seine Möbel, sein alleiniges Eigentum, und niemand darf da was ausperren oder herumfuchen; solange die Weiße da ist, nicht!“

Ihre Augen funkelten förmlich vor Empörung. „Ihr Doktor“ brauchte sich gar nichts gefallen zu lassen, gar nichts! Der stand weit über all den gewöhnlichen Leuten, und den würde sie verteidigen unter allen Umständen! Den Rat Hubinger — na ja — den kannte sie ja seit Jahren, aber diesem jungen Beamten mit dem scharfsichtigen Gesicht — o nein — dem traute sie nicht über den Weg!

„Schön still sein!“ — sagte Hubinger, nach ihrer Hand fassend, herzlich. — „Es geht nicht anders, liebe Frau, hier ist der Befehl: Hausdurchsuchung! Ihnen muß ich es sagen, aber wir wollen trachten, daß die Öffentlichkeit nichts davon erfährt, nicht wahr? Es kann ja noch alles gut werden, hindern dürfen Sie uns jedoch nicht! An amtlicher Befehl muß respektiert werden.“

Die alte Frau wurde blaß.

„Ja, entschuldigen S', Herr Rat,“ dabei schnappte sie

förmlich nach Luft, „wo eine — eine Hausdurchsuchung eingelegt wird, da ist doch — ist doch ein Verdacht — ein schwerer Verdacht, und auf meinen Doktor kann doch kein Verdacht fallen!“

„Liebe Frau, es ist eine höchst verwickelte Geschichte. Wenn Sie schwören, daß Sie den Mund halten, so will ich Ihnen ein paar Andeutungen machen, schon deshalb, weil vielleicht manche Ihrer Aussagen von Wichtigkeit sein könnte. Also, verprechen Sie?“

„Ich schwör's,“ sagte die alte Frau feierlich. „Bei meiner ewigen Seligkeit, kein Mensch erfährt von mir ein Sterbenswort! Schon wegen meinem lieben Herrn Doktor nicht!“

Hubinger wiegte den Kopf. Solche Treue fand man heutzutage selten! Dann begann er ihr langsam und vorsichtig zu erzählen von der Frau Mini von Salten rätselhaftem Tod, von dessen merkwürdigen Einzelheiten, von den Verwicklungen, durch die auch Doktor Norbert in die seltsame Affäre hineingezogen wurde.

Die alte Frau schlug ein Mal über das andre die Hände zusammen vor Ersauern.

„Jesus, Maria und Josef,“ sagte sie dann mit zitternden Lippen, „da — da glauben die Herren vom Gericht am End' gar, daß mein armer Herr der — der Mörder ist von der Gnädigen? Das war' doch geradezu eine Hirnverbranntheit!“

„Bitte, sich etwas zu mäßigen!“ unterbrach sie Doktor Wild scharf, Hubinger aber tätschelte ihr die Hand.

„Ich schon recht, wenn man an die Unschuld eines Menschen glaubt,“ sagte er verhörend, „nur so mit den Ausdrücken muß man sich halt ein bißchen in acht nehmen.“

„Also, glauben Sie, liebe Frau Weiße,“ fuhr Hubinger fort, „daß mein alter Freund je so ein wirkliches Verhältniß — Sie verstehen schon, wie ich's meine — mit der Frau von Salten gehabt hat?“

„Net amal denken!“ rief Frau Weiße energisch. „Gar net gern hat er's g'habt! Aber schon gar net! Aber sie ihn — ganz bestimmt. Wie sie alles ang'schaut hat auf seinem Schreibtisch leghin, als sie hier das Briefchen an ihn geschrieben hat. Und wie ihre Augen auf das Bild

— das junge Mädel in dem Altwiener Kleid — gefallen sind, Herrgott, da ist sie erschrocken! Sie hat g'meint, das Bild stellt wen Lebendigen vor in einer Maskentracht. Ich hab' aber gleich g'sagt, daß das Bild alt is, und daß mein Herr es geerbt hat von seinem Herrn Vater, und daß ihm das Bild und auch der alte blaue Armreif, der so genau aug'wacht is, so gut g'fällt. Da hat sie gleich wieder gelacht. „So ein Reif bringt Glück!“ hat sie gesagt, und ich hab' mich nicht auskennt, wie sie's meinte. Aber daß sie meinen Herrn lieb g'habt hat, das hatt' ein Blinder g'sehn.“

In diesem Augenblick entdeckte Hubinger einen uneröffneten Brief auf dem Schreibtisch und nahm ihn auf. Die Neten der Alten taten ihm doch sehr weh; sichtlich blickte er zu Wild hinüber, der mit fest aufeinandergepreßten Lippen schweigend am Fenster stand, und er erkannte wohl, daß dieser noch schwer rang, daß jedes Wort der Frau auch ihm weh tun mochte.

„Das Leben ist eben zu allen Zeiten mit viel Leid durchsetzt,“ sagte er sich, „wer kann dem entfliehen?“

Er hielt noch immer den Brief in der Hand; da fiel ihm noch etwas ein.

„Sie waren nicht einmal draußen bei der Frau von Salten? Ich mein', im Haus. Sie kennen niemanden, mit dem sie umging?“

Frau Weiße sah wie unschlüssig vor sich hin.

„Nein, draußen bei ihr war ich nie!“ — antwortete sie dann zögernd. — „Aber gehört hab' ich dort manches von ihr, von meiner alten Freundin, der Frau Weger; sie wohnt in dem Häusl neben der Villa.“

Hubinger nickte. Vor seinen Augen stand wieder das Bild der alten Frau, des lieben, kleinen Knaben, des toten Hundes und der unordentlich aussehende Arbeitsraum mit all den seinen Werkzeugen.

„Na ja, wie's halt schon geht!“ — sagte Frau Weiße behaglich.

(Fortsetzung folgt.)

Hat die Politik für die Frauen ein Interesse?

Von Dr. Anna Schulz.

Diese Frage dürfte auch heute noch nicht von allen Seiten mit einem „Ja“ beantwortet werden. Sehen wir deshalb einmal zu: Was heißt Politik? Staatskunst, d. h. die Kunst, einen Staat sowohl nach außen — also zu anderen Ländern — so zu führen, daß seine Interessen diesen Ländern gegenüber aufs beste gewahrt sind, als auch im Innern, also im eigenen Lande, alles zum Besten seiner Staatsbürger einzurichten.

Betrachten wir zunächst die **äußere Politik**. Sie bestimmt, wie schon gesagt, das Verhältnis zu fremden Nationen, sie regelt die Art und Form der Ein- und Ausfuhr und sonstigen Verträge. Hat nun nicht jede deutsche Frau durch den ungeliebten Krieg am eigenen Leibe erfahren, was äußere Politik bedeutet? Und jetzt — bettelarm steht Deutschland da, verhaßt bei den siegenden Nationen. Muß es uns deutschen Frauen nicht heilige Sache sein, mitzuwirken am **Waffenstillstandesfrieden**? Darf es uns Frauen gleichgültig sein, ob in Zukunft weiter eine äußere Politik gemacht wird, die fern ist vom Geiste der Versöhnung, und die deshalb umföhrbar wieder zum Kriege führen muß? Darf es uns gleichgültig sein, was für Verträge z. B. nur für den Handel geschlossen werden, wo jede Hausfrau im Interesse ihrer Familie auf Handelsprodukte angewiesen ist?

Und die **innere Politik**? Sind die Frauen daran nicht interessiert, daß die Gesehe so gemacht werden, daß auch sie als Frauen ihre und ihrer Kinder Interessen darin gewahrt sehen? Was ist allein auf dem Gebiete der **Kinderversorgung** und **Erziehung** noch zu tun? Wie fehlt hier die Erfahrung der Frau und Mutter? Und das **Eherecht**, das **Bermundschaftsrecht**, ist es wirklich den Frauen ein „Recht“ oder nicht viel richtiger gesagt — ein **Unrecht**? Zieht nicht weitgehend durch unsere Gesetzgebung der Standpunkt doppelter Moral? Ist bislang auf dem Gebiete des **Wöchnerinnen- und Säuglingschutzes** genügend geschehen? Was muß auf dem Gebiete der **Sozial-Hygiene** noch alles geschehen? Kann da wirklich noch ein Deutscher oder eine Deutsche sagen, die Politik gehe die Frau nichts an, da solle sie fern bleiben? Politik verderbe den Charakter — sie beschmutze die Seele der Frau — und dieses Köstliche wolle man den Frauen erhalten. Muß es sich nicht jede Frau vielmehr tief ernst, als heilige Pflicht vornehmen — ich will meine weibliche Eigenart hineintragen in die Politik, will ehrsich versuchen, mit meiner warmen Mütterlichkeit — die in jeder Frau schlummert — das Häßliche, das, was den Charakter verderben soll, herauszubringen. Will kraft dieser meiner Eigenschaften den Ton der Güte und Verständigkeit im **Wählerverkehr** durchsetzen, will helfen mit ganzer Kraft im Innern zu einer wahrhaft sozialen und allen gerechten Gesetzgebung. Das sind schwere, verantwortungsvolle Pflichten, die der deutschen Frau übertragen sind — ich bin sicher, daß sie sie erfüllt und erfüllt. Politik greift, wie gezeigt, so tief überall in das Leben der Frau wie in das des Mannes ein, daß es für die Frau unerläßlich ist, sich recht aufmerksam mit ihr zu beschäftigen.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 25. Januar.

(::) **Stadtverordneten-Sitzung**. Bei der gestern abgehaltenen Stadtverordnetensitzung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Festsetzung der Stadtrechnung für 1916. Die Summe der Rechnung, die von mehreren Herren geprüft worden ist, zeigt folgende Endergebnisse: Summe der Einnahme: Etat 657 987 M., Rechnung 2 074 866 M.; Ausgaben: Etat 856 790 M., Rechnung 2 021 641 M., Mehreinnahme in Rechnung 31 033 M., in Ausgaben 22 866 M. Einnahme: Etat 680 000 M., Rechnung: 2 105 000 M. Wirkliche Ausgaben: Etat 680 000 M., Rechnung: 2 021 000 M. Es bleibt eine Mehreinnahme von 84 234 M. 2. Nachkredite für Straßenbau. Es wurde hingewiesen auf die seit der Demobilisierung durch den gesteigerten Verkehr stark mitgenommenen Straßen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Punktes wurden die Wiederherstellungsarbeiten genehmigt. 3. Neuwahl der Schöffen Böbcke und Müdell. Da die Nationalversammlung wahrscheinlich eine Aenderung des Wahlrechts bringen wird, wurde von einer Neuwahl abgesehen. Die beiden Herren bleiben also bis auf weiteres im Amt. 4. Fürsorge für Arbeitslose und Entfernung der Geschäftsleute in städtischen Diensten. Man einigt sich dahin, daß man lieber Leute zu entsprechend hohen Preisen beschäftigt, als daß man Arbeitslose unterstützt. So werden die Interessen der Stadt am besten gewahrt. Auch ist der Magistrat bereit, Geschäftsleute, die in städtischen Diensten stehen, zu entlassen, und an ihre Stelle geeignete und gewissenhafte Kräfte, denen es an Beschäftigung fehlt, zu setzen. — Nachdem auch der letzte Punkt der Tagesordnung erledigt war, begann die geheime Sitzung.

(S) **Jagdverbot**. General Mangin, der kommandierende General der 10. Armee, befiehlt: 1. Die Jagd ist sowohl den französischen Militärpersonen als auch der deutschen Bevölkerung untersagt. 2. Um die durch das Wild verursachten Schäden zu vermeiden, können durch die französischen Militärbehörden, wenn die deutschen Lokalbehörden dies beantragen, Treibjagden veranstaltet werden. Anträge sind an die französische Administration zu richten. Diese Treibjagden werden durch militärische Fachleute unter Führung eines durch die Armeeober- oder Divisionskommandeure bezeichneten Offiziers ausgeführt. Dieses Jagdverbot gilt auch für das rechtsrheinische besetzte Gebiet.

(S) **Die Hamsterer**. Erst vor einigen Tagen haben wir die „Hamstervereinigungen“ — daß es solche hier in unserer Stadt gibt, die in ganz raffiniert Weise Butter, Kartoffeln, Mehl, Frucht, usw. zentnerweise vom Lande herbeischleppen, steht fest — auf die Gefährlichkeit ihres Treibens und auf die strenge Ueberwachung der Kleinbahn aufmerksam gemacht, allerdings ohne Erfolg. Da ist es dann an der Ordnung, wenn der eine oder andere mal gehörig hereinkommt, wie es am Mittwoch bei einem Kölner

Herrn vorgekommen ist. Nicht weniger als 22 Pfund Butter und über 100 Eier konnten bei ihm beschlagnahmt werden. Kein Wunder, daß da in den Stadtgemeinden die Butter schon fast in den Bereich des Märchens gehört, wenn die Landwirte sie an Fremde, die paar Pfennige mehr dafür bieten, verkaufen! Könnte da im Interesse der Kreiseingefessenen und besonders der Stadtbewohner nicht Abhilfe geschaffen werden?

(S) **Diebstähle**. Wie wir hören sind in den letzten Nächten mehrere schwere Diebstähle ausgeführt worden. Den Attentätern soll man auf der Spur sein.

(S) **Warnung für Reisende**. In einer der letzten Nächte wurde einem Herrn aus Düsseldorf, als er auf dem Coblenzer Hauptbahnhof einstieg, der Reiseföhrer mit einigen hundert Mark gestohlen. Er sah gerade noch, wie der Dieb mit seinem gestohlenen Gepäckstück in einen abfahrenden Zug einstieg, doch konnte er leider nicht mehr rechtzeitig die Festnahme des Täters veranlassen und so entkam er. Wie der betreffende Herr mitteilte, sind andere Reisende in gleicher Weise bestohlen worden, und es muß daher den Eindruck erwecken, als wenn eine Diebesgesellschaft auf der Bahn ihr Unwesen treibt, um sich an die Gepäckstücke der Reisenden heranzumachen. Es sei hiermit also eindringlich gewarnt vor allzu großer Sorglosigkeit. Um Koffer und dergl. für sich gesichert zu halten, empfiehlt es sich, selbige vermittelt eines Kettchen mit seiner Person zu verbinden.

Niederlahnstein, den 25. Januar.

(S) **Warnung für die Selbstversorger**. Wer dem Schleichhändler und dem Hamsterer Getreide und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotswidrig verkauft, schädigt die Allgemeinheit und sich selbst. Wird dem Kreise St. Goarshausen ein Teil seiner Vorräte durch Schleichhändler oder Hamsterer genommen, so können die Mengen, die für unser Volk abgeliefert werden müssen, nur aufgebracht werden, wenn die Nation der Selbstversorger herabgesetzt wird. Jeder Landwirt und jede Landfrau müssen sich also sagen: Was jetzt der Schleichhändler und Hamsterer zum Schaden der Allgemeinheit davon trägt, muß du später selbst mit deinen Angehörigen aus deinen Vorräten nochmals herausgeben. Aber auch die Verbraucher, die verbotswidrig Schleich- oder Hamsterware ergraben, verständigen sich an der Allgemeinheit.

Braubach, den 25. Januar.

(S) **Wahlversammlung**. Unsere alte Kirche hatte gestern Abend einen außerordentlich starken Besuch aus allen Schichten unserer Einwohnerschaft aufzuweisen, alle wollten der angesagten Wahlversammlung beizohnen, um die Worte des Herrn Dr. Lehmann als Redner der deutschdemokratischen Partei zu hören. Diese Versammlung wurde nun dadurch doppelt interessant, weil sich der sozialdemokratische Redner, der am Donnerstag seine Anhänger im Stich gelassen hatte, einstufte und auch das Wort nahm. Dieses Redner-Duell dauerte bis gegen 7 Uhr und endete mit einem Siege des Herrn Dr. Lehmann. Man sieht auch hier, daß die wie ein Schwamm aus der Erde gewachsenen sozialistischen Anhänger bereits wieder weggewaschen sind und abfallen.

(S) **Geheimschlachtung**. Wie die „Eiser Ztg.“ schreibt, fand ein Einwohner von Braubach, welcher zu nächstlicher Zeit die Emserstraße unweit des Oberlahnsteiner Forsthauses passierte, einem Geräusch nachgehend, im Scheine seiner Taschenlampe zwei Männer, einen Schien schlachtend, im Walde. Die Männer duckten sich zwar hinter die Bäume, konnten aber ihre Tätigkeit fortsetzen, da der Hinzugekommene aus begreiflichen Gründen sich davon machte.

Aus Nah und Fern.

Gorchheim, 24. Jan. Das Schiff, das Weihnachten an der hiesigen Eisenbahnbrücke gesunken ist, ragt jetzt zum Teil aus dem Wasser hervor. Von dem in der rechten Stromöffnung liegenden Vorderhüß ist auch jetzt bei dem niedrigen Wasserstande nichts zu sehen. Auch das Hinterhüß ist völlig unter Wasser und nur das Mittelschiff mit dem aufrecht stehenden Flaggenmast ist sichtbar. Wie man die Trümmer des Zugs beseitigen will, darüber ist man sich anseheinend noch nicht einig. An ein Sprengen kann wohl nicht wegen der Brücke gedacht werden. Auf alle Fälle wird wohl noch eine geraume Zeit darüber vergehen, bis das Hindernis beseitigt ist.

Kansbach. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich vor kurzem im benachbarten Hundsdorf. Ein von der Wache heimkehrender Amerikaner hatte eben sein geladenes Gewehr im Hausflur niedergelegt, als der 10jährige Sohn des Landwirts Hermann Klein das Gewehr in die Hand nahm, aus Spielerei anlegte und seiner eben aus der Stube kommenden Mutter direkt durch den Kopf schoß. Die bedauernswerte Frau war sofort tot. Die rund 200 Mann zählende amerikanische Besatzung sammelte eine Summe von über tausend Mark, welche sie dem Hermann Klein anshändigte; außerdem beglichen sie sämtliche Beerdigungskosten. — Auch in anderer Hinsicht zeigen die Amerikaner große Humanität gegenüber der Bevölkerung. So waren einem dortigen Einwohner aus einem Schranke 2000 M. gestohlen worden. Nach kurzer Zeit war das gestohlene Geld durch Sammlung unter den Truppen wieder ersetzt und dem Bestohlenen zurückerstattet.

Ein seltener Fang in einem Hühnerstall

gelang in der vorletzten Nacht einem Einwohner in Ehrenbreitstein. Er wurde nachts wach durch Geräusch, das aus im Pferdestall befindlichen Hühnerstall kam. Nichts Gutes ahnend, schlich er sich heran und wirklich entdeckte er zwei Männer, die im Begriffe standen, unter dem Hühnerbestande Auslese zu halten. Rasch verriegelte er den Stall fest, sodas die Hühnerdiebe selbst in der Falle saßen. Es wurde inzwischen schnell die Polizei benachrichtigt und es gelang ihr auch, die beiden „fetten Hähnen“ festzunehmen. Die Epigebenen sind aus der Kölner Gegend. Sie hatten in einem mitgebrachten Sack bereits mehrere lebende und abgeschlachtete Hühner.

Die übermäßig hohen Arbeitslöhne.

In den letzten Wochen sind die Löhne bei der Eisenbahn wieder außerordentlich gestiegen. So erhält jetzt, wie der Köln. Ztg. geschrieben wird, ein 27jähriger Arbeiter einen Stundenlohn von 2,40 M. Dabei wurden 8 Stunden bezahlt, trotzdem die wirkliche Arbeitszeit nur 7½ Stunden betrug. Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw. werden besonders vergütet. Demnach verdient ein Eisenbahnhandwerker monatlich rund 500 M., also etwa doppelt soviel wie ein gleichaltiger bei der Bahn angestellter Regierungsbaumeister, der eine mindestens 8jährige teure Vorbereitungszeit durchgemacht hat. Dies eine Beispiel wird genügen, um zu begreifen, daß die Bahnverwaltung in diesem Jahr mit einem Fehlbetrag von 1,25 Milliarden arbeiten wird. Wer aber wird sie bezahlen? Lechten Endes der deutsche Arbeiter! Da wir augenblicklich vor der so wichtigen Wahl stehen, bleibt uns nichts übrig als diese Lohnerhöhung als Wahlagitiation derjenigen Partei zu betrachten, die durch den Mammon die Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen sucht. Deutscher Arbeiter, wenn die sozialdemokratische Partei ihren Zweck, den Sieg in der Wahl mit deiner Hilfe erreicht haben wird, was wir im Interesse des Vaterlandes nicht hoffen wollen, wird sie die phantastisch hohen Löhne so schnell wie möglich wieder herabdrücken. Das Ende vom Lied wird dann doch sein: Arbeit, wenn du nicht verhungern willst.

Wählt bürgerlich.

Das Wahlergebnis im hiesigen Bezirk hat gezeigt, daß die große Zahl der Nichtwähler fast ausschließlich in den Kreisen des liberalen Bürgertums zu suchen ist. Das Ergebnis stellt ferner die Tatsache fest, daß es sich in den einzelnen Bezirken oft nur um wenige Stimmen Differenz handelt zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten.

Also sage niemand: es kommt auf eine Stimme nicht an. Alle bürgerlichen Wähler und Wählerinnen müssen am Sonntag zur Wahlurne schreiten!

Gottesdienst-Ordnung in Oberlahnstein.

In der Pfarrkirche zum hl. Martinus.

Sonntag, den 26. Januar 1919
6½, und 7 Uhr hl. Messen; 7½, Uhr Gymnasialmesse. (Frühmesse, 9 Uhr Schulumesse mit Predigt. 10½, Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags 2 Uhr Christenlehre.
Nachher Sonntag, dem 27. Jan. Maria Reinigung, hält die Marian Kongregation gemeinschaftliche hl. Kommunion.

Gottesdienst-Ordnung der evangelischen Gemeinde.

Dritter Sonntag nach Epiphania, den 26. Januar
10½ Uhr Predigtgottesdienst. 11½ Uhr Abendgottesdienst.
5 Uhr Frauenchor.

Gottesdienst-Ordnung in Niederlahnstein.

Sonntag, den 26. Januar 1919.

6½, Uhr Frühmesse in der Barbarakirche. 10½ Uhr Kindermesse in der Johannis Kirche. 11 Uhr hl. Messe in der Barbarakirche. 9½, Uhr Hochamt und Predigt in der Johannis Kirche. 10½, Uhr eine hl. Messe in der Barbarakirche, damit niemand wegen der Wahl die hl. Messe zu vermissen braucht. Nachmittags 1 Uhr Andacht. 3 Uhr Andacht in der Johannis Kirche.
Dienstag und Freitag Nachmittags 1½ Uhr Andacht um den Frieden in der Johannis Kirche. Mittwoch abends 7 Uhr in der Barbarakirche.

Gottesdienst-Ordnung in Braubach.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 26. Januar 1919.
Vormittags 9½, Uhr Predigtgottesdienst. 12½ Uhr Kindergottesdienst.

Katholische Kirche.

Sonntag, den 26. Januar 1919.
6½, Uhr Frühmesse. 9 Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags 1 Uhr Andacht.

Bürger und Bürgerinnen aller Klassen!

Wählt die **Zentrumsliste**, die mit dem Namen **Schwarz** beginnt, bringt unsern heimischen Kandidaten durch und gebt den Sozialdemokraten, die am 17. die Versammlung abhielten, die rechte Antwort! Ihnen, die sich nicht scheuen, laut im Deutschen Haus zu rufen und es zu wiederholen:

„Alle Frauen und Mädchen, die anders wählen als rot, sind Sirenen!“

Erkennt alle, was Geistes Kinder die sein müssen, bei denen solche Gemeinheiten mit lautem Welfall aufgenommen werden. Macht diese Gemeinheit zum Stichwort.

wählt „Schwarz“ und Herrn. Hof. Seil

Oberlahnstein.

Der Wahlvorschlag

der Deutschen Demokratischen Partei zur
Wahl am Sonntag, den 26. Januar heißt:

Rade!

Bekanntmachungen.

Holzversteigerung.

Am Freitag, den 31. Januar,
nachmittags von 1 Uhr ab
werden folgende Hölzer öffentlich meißbietend versteigert:
Distrikt Dietrichsdell 41 b
6 Raum. Eichenscheit und -Knüppel,
156 Raum. Buchenscheit und -Knüppel,
1560 Buchenwellen.
Der Distrikt liegt an der Straße Oberlahnstein Beckeln
und ist die Abfuhr nach allen Richtungen hin eine sehr gute.
Zusammenkunft um 12 1/2 Uhr am Oberlahnsteiner
Forsthaus.
Oberlahnstein, den 22. Januar 1919.
Der Magistrat.
J. B. Herber, Beigeordneter.

Die Wahlen zu der verfassunggebenden preussischen
Landesversammlung finden am **Sonntag, den 26. Januar**
1919 statt und werden die Wahlberechtigten hierzu ein-
geladen.

Die Stadt ist in zwei Stimmbezirke eingeteilt,
Stimmbezirk I umfasst die Straßen: Annastraße, Augusta-
straße, Bahnhofstraße, Becherhöll, Chamottefabrik, Cob-
lenzstraße, Im Drittel, Eisenbahnstraße, Friedensstraße,
Gärten, Gartenstraße, Johannisstraße, Katharinenstraße,
Langgasse, Löhnberger-Mühle, Marktstraße, Marienstraße,
Rosenhof, Rheinstraße, Sauerstraße, Schlangengasse,
Stimmbezirk II umfasst die Straßen: Allerheiligenberg,
Auf dem Ader, Bergstraße, Brückenstraße, Emmerstraße,
Fahrgasse, Heimbachgasse, Hochstraße, Hohenheimerstraße,
Holgasse, Hospitalgasse, Kirchgasse, Lahnstraße, Lahnber-
gerhof, Neugasse, Schiffergasse, Sophiengasse.

Wahlvorsteher des Stimmbezirks I ist Herr Direktor
Kaulen, Stellvertreter Frau. Fräulein. Peil, Wahlvorsteher
des Stimmbezirks II ist Herr Christoph Strobel, Stellver-
treter Frau. Lehrerin Elisabeth Fein.

Die Wahlen des Bezirks I finden in der Schule Berg-
straße Nr. 4 statt und zwar für Männer und Frauen ge-
trennt in zwei ebenerdigen Schulzimmern.

Die Wahlen des Bezirks II finden in der Schule Berg-
straße Nr. 6 statt, ebenso nach Geschlechtern getrennt in zwei
verschiedenen ebenerdigen Klassenzimmern.
Niederlahnstein, den 22. Januar 1919.

Der Magistrat: Rody.

Gewerbliche Fortbildungsschule

Niederlahnstein.

Der Unterricht beginnt am Montag, den 27.
Januar a. c., abends 8 Uhr.

Der Schulleiter: Fluck.

Geschäfts-Empfehlung.

Einem geehrten Publikum von Niederlahnstein,
Oberlahnstein, und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß
die **bisherige Mäherei** aus dem „Kaisersaal“ in das
alte Niederlahnsteiner Schulgebäude, erster Stock,
Johannesstraße, verlegt wurde und sich zur Umar-
beitung aller Uniform- und Hüll-Anzüge bei bester
Bedienung und moderner Verarbeitung bestens empfohlen
hält. Auch werden **getragene Kleidungsstücke** geflickt
und tadellos in Stand gesetzt.

Es bittet um geneigten Zuspruch

Hochachtungsvoll

A. Marquart.

Gußkochtöpfe,

inorgidierte und emailierte, in allen Sorten und
Größen neu angekommen

Eisenhandlung **Gg. Philipp Clos,**
Braunbach.

Schreibmaschine mehrere Arten,
Stenographie System Gabelberger, oder
Buchführung einfache, doppelte u. amerika-
nische Art, einschl. Abschluß
lehrt gründlich und gewissenhaft

Franz Hesse

Bücher-Revisor und gepr. Stenographielehrer,
Coblenz, Hohenzollernstraße 9b, Coblenz.
Seit fast 25 Jahren Unterrichtsleiter in Stenographie und
im Besitze von vielen Zeugnissen über erfolgreiche
stenographische Tätigkeit wie auch über erfolgreiche
Bücher-Revisionen.



Turn-Berein
Oberlahnstein.
E. B.

Sonntag, den 26. Januar,
nachmittags 1 Uhr
findet in unserem Vereinshause
Vorstandsitzung
und daran anschließend um 2 Uhr
Versammlung
statt. Die Tagesordnung umfasst
wichtige Gegenstände. Die Mit-
glieder werden deshalb um zahl-
reiches Erscheinen gebeten.
Der Vorstand.

Kriegsbeschädigte Oberlahnsteins und Umgebung

Sonntag, mittags 1 Uhr:
Versammlung
im Gasthaus „Zur Rheinische-
fahrt“ bei Peter Schmitt.
Tagesordnung wird dort be-
kannt gegeben.
Der Vorstand.

Chlorkali,
40% Raff,
Rainit,
Dachpappe,
Holzteer,
Carbolinum

offeriert
Ehr. Wiegardt,
Braunbach.

Obst baumschnitt,

Neuanlagen von Gärten
sowie Instandsetzung und
Umarbeitung derselben über-
nimmt

Gärtnerei Becker
früher Fressel.

Wer erteilt Dame
franz. Unterricht?
Offerten unter Chiffre M. S.
254 an die Geschäftsstelle.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
nahme an dem uns so schwer betroffenen
Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders

Josef Junker

sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten
Dank. Ganz besonders danken wir den Hl.
Messspendern und denen, die sich so zahl-
reich an dem Traueramt beteiligten.

Schuhmacher **Johann Junker**
und Frau geb. Herchen.

Oberlahnstein, den 24. Januar 1919.

Johns Bolldampf-Waschmaschine

bewährteste Maschine der Gegenwart spart bis zu 75%
an Zeit, Seife und Brennmaterial

Eisenhandlung **Gg. Philipp Clos,**
Braunbach.

Karbid

wieder freiverkäuflich stets am
Lager bei

Ehr. Wiegardt,
Braunbach.

Heil-Institut

für
**Haut- und
Geschlechtskrankheiten**
Coblenz, Burgstr. 61.

Habe meine Praxis wieder er-
öffnet.
Heinr. Specht.

Alle Maler- und

Anstreicherarbeiten

werden zur vollsten Zufrieden-
heit ausgeführt. Bestellungen
bei **Wwe. Joh. Schiller,**

Anstreicher-Geschäft,
Niederlahnstein Bahnhofstr. 7.

Ein gebrauchter großer reich
vermiedelter

Amerikaner-Dauer-
brandöfen 350 Kubik Gel-
kraft, Marke Phö-
nix) ebenfalls noch einige

Dauerbrandöfen
zu verkaufen bei
Ehr. Wiegardt, Braunbach.



Fertige Einfriedigungen

einschließlich Tore und Türen

liefert

C. S. Schmidt, Niederlahnstein.

10 000 Mark

wegen 1. Hypothek zu 4% aus-
zuleihen. Anerbieten unter J. R.
an die Geschäftsstelle.

Strebj. kath. Landwirt,
37 Jahre alt, mit aller Arbeit
vertraut, besitzt bares Vermögen,
sucht auf diesem Wege die Ge-
sellschaft einer jungen Witwe
oder Landwirtschöchter zur Ver-
rat. Einheirat angenehm. Off.
unt. Angabe der Verhältnisse an
die Expedition Nr. 970.

2 Schuhmachergehilfen

für dauernde Arbeit gegen hohen
Lohn sofort gesucht.

Lambert Dehe
Niederlahnstein, Bahnhofstr. 24.

Mädchen

in allen Arbeiten perfekt sucht
direkt oder später Stellung in
besserem Hause. Offerten erbeten
unter R. 250 a. d. Geschäftsstelle

Stundenmädchen

gesucht. **Niederlahnstein,**
Bahnhofstraße 15.

Gelbe Möhren

abzugeben **Hochstraße 3,**
Oberlahnstein

1 Paar Militär-Schür-
Schuhe Größe 27 1/2 und ein
Paar getragene

Stiefel zu verkaufen. Maß
in der Geschäftsstelle.

1 Paar Schnallenschuhe

Nr. 44, ganz neu, gut genagelt,
zu verkaufen. Zu erfragen in
der Geschäftsstelle.

Ein Alter für das Alter
von 16-18 Jah-

ren, eine Violin, Mandolin,
u. Notenbücher und ein Fahr-
rad ohne Vererbung zu ver-
kaufen. Näheres in der Geschäfts-
stelle d. Bl.

Kleine Familie sucht bis zum
1. April

3-4-Zimmer-Wohnung

Näheres **Adolfstraße 22**

Mädchen

für Küche und Hausarbeit oder
einfache Stille sofort nach Ober-
lahnstein gesucht. E. fragen bei
d. Geschäftsstelle d. Bl. unter R. 100

Der Wahlvorschlag

der Deutschen Demokratischen Partei zur
Wahl am Sonntag den 26. Januar heißt:

Rade!